

# **Beschäftigung und Umwelt - Längere Arbeitszeiten und Sozialabbau sind der falsche Weg**

***Inputpapier für die Podiumsdiskussion im Panel „Beschäftigung und Wirtschaftswachstum“ am 15.5.2004 im Rahmen des Perspektivenkongresses in Berlin***

Von Ines Omann\*, Friedrich Hinterberger\*, Harald Hutterer\*\*

## *Abstract*

*Hohe Arbeitslosigkeit, Budgetdefizit, drängender werdende Umweltprobleme und dazu eine wirtschaftliche Wachstumsmaschine, die ins Stottern geraten ist – das sind einige der wichtigsten Probleme unserer Zeit.*

*Wirtschaftliches Wachstum, das immer wieder als mögliche Lösung dieser Probleme genannt wird, ist normalerweise mit einer weiter steigenden Umweltbelastung verbunden und der es auslösende Mechanismus von Zins und Gewinnverteilung ist selbst eine Ursache von Ungleichheit und Armut. Auch der in letzter Zeit immer häufiger zu hörende Vorschlag, die Arbeitszeiten wieder zu erhöhen führt in die falsche Richtung, da die Ungleichheiten zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen eher noch verschärft würden.*

*Die heutige Steuerpolitik verstärkt diese Problematik noch, indem sie Arbeitsplätze verteuert und den Gebrauch der Natur verbilligt. Zur Lösung dieser Probleme, die offensichtlich miteinander zusammenhängen, bedarf es einer integrierten, gemeinsamen Lösung.*

*Ein Set an Maßnahmen, das einerseits die Preise von Natur und Arbeit berichtigt und andererseits für eine Umorientierung am Arbeitsmarkt in Richtung Arbeitszeitverkürzung und neues Arbeitsverständnis und eine soziale Grundsicherung sorgt, stellt eine solche integrierte Lösung dar.*

*Zu diesen Maßnahmen gehört eine Besteuerung des Ressourcenverbrauchs (Materialinputsteuer und CO<sub>2</sub>-Steuer), die Förderung von flexibleren Arbeitszeiten inkl. Arbeitszeitverkürzung und von Mischarbeit (Förderung von nicht bezahlter Arbeit in materieller und ideeller Hinsicht und deren Integration in die Arbeitswelt), sowie eine negative Einkommensteuer. Die Ergebnisse des Verbundprojektes Arbeit und Ökologie ([www.a-und-oe.de](http://www.a-und-oe.de)) zeigen, dass es möglich ist, basierend auf oben genannten Ideen Szenarien zu entwickeln, die zu den gewünschten Ergebnissen führen.*

---

\* Dr. Ines Omann und Dr. Friedrich Hinterberger: Sustainable Europe Research Institute in Wien ([www.seri.at](http://www.seri.at); [ines.omann@seri.at](mailto:ines.omann@seri.at); [fritz.hinterberger@seri.at](mailto:fritz.hinterberger@seri.at); +43-1-969 0728)

\*\* Dr. Harald Hutterer ist als Berater in Wien tätig ([harald@karunadinks.com](mailto:harald@karunadinks.com), +43 664 300 1775)

## Papier

Spätestens seit dem Ende des sog. New-Economy-Booms ist die wirtschaftliche Wachstumsmaschine ins Stottern geraten, die uns in den reichen Teilen der Welt seit 50 Jahren so viel materiellen Wohlstand produziert hat. Die Aktienkurse steigen nicht mehr so, wie sich das viele versprochen haben (oder es ihnen versprochen wurde), weil Unternehmen nicht mehr die Wachstumsprognosen abliefern können, die sich viele von ihnen versprochen haben (und die sie selber der Welt vor nicht allzu langer Zeit versprochen haben).

Die Arbeitslosigkeit steigt, weil **der technische und organisatorische Fortschritt in den Unternehmen immer weiter neue Rationalisierungsmöglichkeiten schafft, und im Vergleich dazu nicht genügend neue Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden**. Technischer ausgedrückt: das Wirtschaftswachstum, das neue Arbeitsplätze schaffen könnte, hält mit dem Wachstum der Produktivität nicht mit, was dazu führt, dass immer weniger Leute immer mehr Arbeit haben (auch im Sinne immer intensiverer Arbeit) und damit immer mehr produzieren könn(t)en. Aber alle zusammen verdienen nicht genug, um das zu kaufen, was wenige produzieren. Das gilt nicht nur innerhalb Deutschlands oder Europas, sondern auch global: **Wachstum und Reichtum beschränken sich auf ein rundes Viertel der Weltbevölkerung**. Die anderen drei Viertel leben in Armut und haben kaum Möglichkeiten, an der Erwirtschaftung von Wachstum und Wohlstand zu partizipieren.

### ***Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung haben gemeinsame Ursachen ...***

Wirtschaftliches Wachstum wird immer wieder als mögliche Lösung dieser Probleme genannt. Mehr Produktion würde mehr Einkommen schaffen und das ließe sich dann gerechter auf alle verteilen. Umgekehrt ist klar: den gegenwärtigen (materiellen) Reichtum auf alle zu verteilen, bedeutet auf jeden Fall erhebliche Einschränkungen für die, die derzeit in relativ großem Reichtum leben. Schließlich ist wirtschaftliches Wachstum und der es auslösende Mechanismus von Zins und Gewinnverteilung selbst eine Ursache der Ungleichheit. Auch der in letzter Zeit immer häufiger zu hörende Vorschlag, die Arbeitszeiten wieder zu erhöhen (auf 40 und mehr Stunden) führt in die falsche Richtung: die Ungleichheiten zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen würden eher noch verschärft.

Internationale Experten und Organisationen, die sich der Förderung des wirtschaftlichen Wachstums verschrieben haben (von regionaler und nationaler Wirtschaftspolitik über die europäische Lissabonstrategie, die Wachstum und Arbeitsplätze zurück bringen soll bis hin zu den internationalen Finanzinstitutionen wie IWF und Weltbank) haben bisher noch kein Rezept zu dessen Wiederankurbelung gefunden. Abgesehen davon **bedeutet Wirtschaftswachstum immer auch einen steigenden Umweltverbrauch**.

Der Umweltverbrauch kann ganz allgemein anhand von **Quantität und Qualität der vom Menschen verursachten Materialbewegungen** gemessen werden (vom Ressourcenverbrauch über die Produktion bis hin zu den Abfällen in Erde, Wasser und Luft). Und diese hängen weitgehend von der wirtschaftlichen Aktivität ab: mehr Wachstum – mehr Umweltverbrauch. Dies wird von der heutigen Wirtschafts- und hier vor allem von der Steuerpolitik noch verstärkt: sie verteuert Arbeitsplätze und verknappt sie damit, bei gleichzeitiger Verschwendung der Natur, die sie verbilligt. Arbeit, Kapital und Ressourcen sollen gemäß ihrem Anteil an der Wertschöpfung besteuert werden. In Nordrhein-Westfalen entfallen derzeit 70% der Steuern auf den Faktor Arbeit und nur 25% auf Kapital und gar nur 5% auf Energie und Ressourcen (Landesregierung NRW 2004). Im europäischen Durchschnitt entfallen 50% der Steuern auf die Arbeit und ca. 10% auf den Naturverbrauch. Das entspricht keineswegs dem Verhältnis am Inputanteil der Wertschöpfung (Hinterberger und Stocker 2004).

Mit anderen Worten: Arbeitslosigkeit, globale Ungleichheit und drohende Umweltkatastrophen haben gemeinsame Ursachen: Arbeit künstlich zu verteuern und Ressourcen künstlich zu verbilligen **muss** zu einer hohen Arbeitslosigkeit und übermäßigem Naturverbrauch führen. Eigentlich ist es angesichts der schwerwiegenden Natur dieser Probleme unfassbar, dass unsere Politiker keine erkennbaren Aktivitäten in der in der Folge beschriebenen Art und Weise setzen.

### ***... und erfordern eine gemeinsame Lösung***

Dabei gibt es laut internationaler Studien erhebliche Potenziale, bei gegebenem Wohlstand den dafür notwendigen Materialverbrauch deutlich zu reduzieren. Und wirtschaftspolitische Maßnahmen zugunsten einer „**dematerialisierten**“ **Produktion von Gütern und Dienstleistungen (z.B. eine Materialinputsteuer)** könnten diesen Prozess noch beschleunigen. Wirtschaftliches Wachstum macht aber einen Teil dieser Anstrengungen wieder zunichte.

Haben wir also nur die Wahl zwischen zwei Übeln: Arbeitslosigkeit und Armut oder Umweltzerstörung? Kann man die miteinander zusammenhängenden Probleme nicht auch anders betrachten? **Man kann!** Wir haben gesehen, dass es ja gar nicht um die Menge an Arbeit geht, sondern um deren Verteilung. Diejenigen, die Arbeit haben, arbeiten in der Regel mehr als ihnen lieb ist und jedenfalls mehr, als es für eine gut funktionierende Gesellschaft gut ist.

Mit anderen Worten: diejenigen, die Arbeit haben, arbeiten zu viel in ihrem Job und leiden in zunehmendem Maße darunter! Und die professionelle Erledigung dieser Aufgaben stößt an die Grenzen ihrer Finanzierbarkeit, was wiederum wegen der hohen Sozialbeiträge auf Kosten der Arbeitsplätze geht.

Es geht also auch um das, was wir unter „Wohlstand“, unter einem „guten Leben“ verstehen. Zeit für unsere Kinder, die Pflege von Alten und Kranken, Nachbarschaftshilfe und das Engagement in

sozialen oder gesellschaftlichen Initiativen, kulturelle Unternehmungen und viele andere außerberufliche Beiträge zur Selbstverwirklichung der Menschen – all diese Aktivitäten tragen zu unserem Glück und zum Glück der anderen bei, scheitern aber zunehmend am steigenden „Stress“, den uns die Arbeit im normalen Beruf verursacht. Weniger in der Fabrik oder im Büro zu arbeiten und dafür mehr für sich und andere zu tun kann also zu mehr Wohlbefinden führen – auch wenn das Einkommen dafür sinkt.

Ein neues Verständnis des Begriffes Arbeit, das abgeht von der reinen Erwerbsarbeit und eine andere Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeiten, wozu Büro und Fabrik (Erwerbsarbeit) ebenso gehören wie Kinderzimmer und Hausgemeinschaft (Eigenarbeit, Versorgungsarbeit, Gemeinschaftsarbeit), könnten etwa durch (freiwillige!) Teilzeitarbeit, mehr Flexibilität am Arbeitsplatz, Sabbaticals oder vermehrten Erziehungsurlaub von Vätern erreicht werden und könnte allen etwas bringen: erhöhte Produktivität im Beruf, mehr Herz in der (persönlichen) Betreuung, die sich wesentlich besser mit professioneller Hilfe durch Pädagogen und Pfleger verbinden könnte, und die Erledigung von Arbeiten, die derzeit gar nicht oder nur in geringem Ausmaß erledigt werden. Bezahlte Arbeit wäre besser (und in diesem Sinn gerechter!) verteilt. Ein Konzept, das genau diesen Ideen gerecht wird, ist die „Mischarbeit“ (siehe auch Wolf 2004).

Mischarbeit bedeutet, dass Erwerbsarbeit mit allen anderen Arbeitsformen verbunden wird, die unbezahlt, aber gesellschaftlich relevant sind. Dazu gehören Eigenarbeit, Versorgungsarbeit, Gemeinschaftsarbeit (siehe Abb.1). Diese werden sowohl materiell anerkannt, als auch normativ aufgewertet. Individuelle Kombinationen von verschiedenen Arbeiten zur gleichen Zeit werden als *horizontale* Mischarbeit bezeichnet. Mischarbeit in *vertikaler* Perspektive bedeutet, wie weiter oben bereits genannt, dass ein/e Arbeitnehmer/in im Laufe seines/ihres Arbeitslebens nacheinander verschiedene Tätigkeiten ausführt.

Wichtig ist vor allem die Gleichzeitigkeit und die Durchlässigkeit der Arbeitsformen. Die Erwerbsarbeit bleibt dabei das dominante Konzept, aber nicht mehr nach der 3 mal 40 Formel (40 Stunden pro Woche, 40 Wochen im Jahr, 40 Jahre im Leben), sondern eben verbunden mit den anderen Arbeitsformen, wodurch sich die Erwerbsarbeit im Durchschnitt über die gesamte Lebenszeit wie auch wöchentlich reduziert. Die Bedeutung der Nicht-Erwerbsarbeit erkennt man daran, dass 1992 in Deutschland 60 Mrd Std. Erwerbsarbeit 95,5 Mrd Stunden unbezahlter Arbeit gegenüberstanden (Spangenberg und Lorek, 2001).

In diesem Zusammenhang sind dann auch mögliche bzw. nötige Veränderungen im Sozialsystem zu diskutieren. Das derzeitige Sozialsystem bestraft diejenigen, deren Einkommen unregelmäßig fließen. Flexiblere Arbeitsverhältnisse, die nicht nur im Interesse von Unternehmen ist, können auch Arbeitnehmenden zugute kommen, wenn sie dadurch ihr Leben einschließlich der Erledigung von unbezahlter Arbeit besser organisieren können und die Entscheidung über Länge und Lage der Arbeit „fair“ verteilt sind.



Abb.1: Das Konzept der Mischarbeit

Bleibt noch die Frage, wer sich das leisten kann. Eine „negative Einkommensteuer“ (auch bekannt unter dem Begriff des „**garantierten Grundeinkommens**“) steht hier als finanzierbare Alternative zum derzeitigen beitragsbasierten Sozialsystem (das wie die Einkommensteuer einseitig die Arbeit verteuert) zur Verfügung. Sie gleicht soziale Härten vorhersehbar aus und bietet im Gegensatz zum jetzigen System auch finanzielle Anreize, geringer bezahlte Beschäftigungen (wie etwa Teilzeit) anzunehmen.

Diese – und andere – dringende Aufgaben des Staates wären durch eine Besteuerung des Ressourcenverbrauchs (und nicht durch arbeitsplatzvernichtende weil arbeitskostenerhöhende Steuern und Sozialbeiträge) zu finanzieren. Damit haben wir mit Ressourcensteuer, flexibleren Arbeitszeiten und negativer Einkommensteuer **einen Strauss an wirtschaftspolitischen Instrumenten zur Verfügung, mit deren gemeinsamer Hilfe, die zusammenhängenden Probleme von Wirtschaftswachstum, Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung angegangen werden können.**

### ***Projekt: Arbeit und Ökologie<sup>1</sup>***

Arbeit und Ökologie ist ein Verbundprojekt dreier Forschungsinstitute (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialwissenschaften und Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie) beauftragt von der Hans-Böckler-Stiftung, dessen Hauptziel es war, ökologische, wirtschaftliche, soziale und arbeitspolitische Aspekte in ihrer Wechselwirkung mit zentralen Elementen unterschiedlicher Nachhaltigkeitskonzepte zu untersuchen.

<sup>1</sup> Siehe auch unter [www.a-und-oe.de](http://www.a-und-oe.de)

Im Rahmen dieses Verbundprojektes wurden in Form von Szenarien Maßnahmenbündel entworfen, die - wie eine Modellierung zeigte - oben genannte Ziele von positiven Effekten auf den Arbeitsmarkt und eine Reduktion der Umweltprobleme erreichen konnte.

Das vom Wuppertal Institut entwickelte sog. ökologisch-soziale oder **integrierte Szenario** strebt nachhaltige Entwicklung in Deutschland an. Das Konzept der Nachhaltigkeit wird als Prisma, bestehend aus den gleichwertigen Bereichen ökonomisch, sozial, ökologisch und institutionell, operationalisiert (siehe Abb. 2). Das Szenario zielt auf die **Integration von reduzierten Umweltbelastungen, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, sozialer Gerechtigkeit und Lebensqualität** (siehe Tab. 1) ab. Hauptinstrumente des Szenarios sind neben einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik mit teilweiser Auszahlung in Arbeitszeitverkürzung und einer sozialen Grundsicherung in Form einer negativen Einkommensteuer, die Steigerung der Ressourcenproduktivität durch eine Steuer auf Energie und Stoffströme und einen Um- bzw. Abbau der Subventionen nach sozial-ökologischen Kriterien. Die angenommenen Maßnahmen und die Ergebnisse ihrer Umsetzung wurden durch eine **Modellierung mit dem makro-ökonomischen Modell „Panta Rhei“** (Meyer, B. et al. 1999) veranschaulicht.

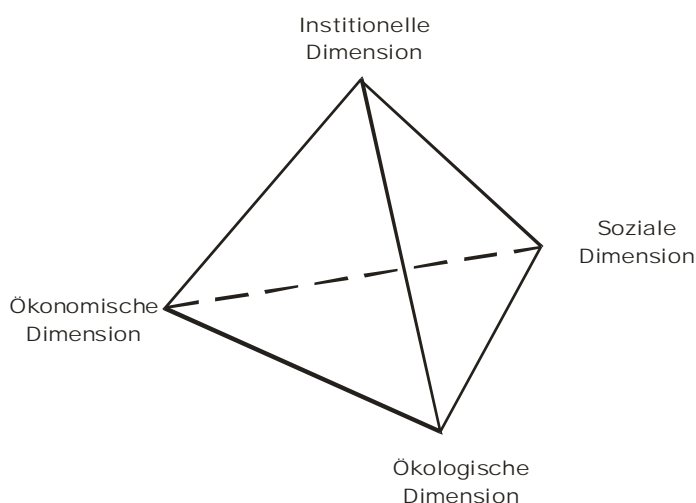


Abb. 2: Das Prisma der nachhaltigen Entwicklung

| Soziale Dimension                         | Ökonomische Dimension                 | Ökologische Dimension                                     | Institutionelle Dimension       |
|---|---------------------------------------|---|---------------------------------|
| neue Vollbeschäftigung (Mischarbeit, AZV) | Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit | Verringerung von Energie-, Material- und Flächenverbrauch | Gleichstellung der Geschlechter |
| soziale Sicherheit                        | verlässliche Rahmenbedingungen        | Risikovermeidung für Mensch und Umwelt                    | partizipative Demokratie        |
| Verteilungsgerechtigkeit                  | Schuldenbegrenzung                    | Stabilisierung des Verkehrsaufkommens                     |                                 |

Tabelle 1: Die Ziele des ökologisch-sozialen Szenarios

### Ergebnisse:

Tabelle 2 zeigt Ergebnisse der Modellsimulation für einige ausgewählte Parameter.

Der Produktivitätsfortschritt zusammen mit einem Abbau der Unterbeschäftigung erlaubt einen erheblichen Anstieg der Realeinkommen; das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt ist im Jahr 2020 um zwei Drittel höher als Mitte der neunziger Jahre. Das entspricht einer langfristigen Wachstumsrate von 1,9 Prozent jährlich.

Die Regelarbeitszeit sinkt um 0,9 Prozent pro Jahr auf durchschnittlich 27 Wochenstunden in 2020. Gleichzeitig steigt das disponible Einkommen im Integrationsszenario bis 2020 um rund ein Drittel.

Die Arbeitslosigkeit sinkt auf rund drei Prozent (1,25 Millionen). Dies sind sehr vorsichtige Schätzungen, da nachhaltigkeitsorientierte Branchenprogramme ebenso wenig quantifiziert wie die Folgen vermehrter Teilzeitarbeit und die Möglichkeiten, die sich durch die negative Einkommensteuer insbesondere für sozial abgesicherte Nicht-Erwerbsarbeit ergeben. Das Ergebnis kann als Voll-Beschäftigungssituation bezeichnet werden.

Gleichzeitig kann bis zum Jahr 2020 die Umweltentlastung gegenüber 1994 deutlich verringert werden. Die CO<sub>2</sub>-Emissionen sinken trotz Atomausstieg um 60 Prozent, die Stoffströme werden um rund 40 Prozent verringert und der zusätzliche Flächenverbrauch läuft aus. Der starke Fall der Lohnquote endet; im Integrationsszenario steigt die Lohnquote erstmals seit den siebziger Jahren wieder an, wenngleich mit knapp 0,1 Prozent pro Jahr nur minimal.

| Leitvariablen*  | 1994    | 2000    | 2020    |
|---|---------|---------|---------|
| BIP in Mrd. DM (in Preisen von 1991)                        | 2960,1  | 3409,9  | 4809    |
| Erwerbslose in 1000   | 3670    | 4087,3  | 1262,1  |
| Arbeitslosenquote in %                                      | 10,5    | 12      | 3,3     |
| Erwerbstätige in 1000                                       | 34981   | 33374,5 | 41157,6 |
| Arbeitsvolumen in Mio. Stunden                              | 48671,7 | 43703,4 | 45290,1 |
| Arbeitsproduktivität (Std.)                                 | 61      | 78      | 106     |
| Durchschnittliche jährliche Arbeitszeit                     | 1550,4  | 1459,1  | 1226,3  |
| Bruttolohnsatz in DM  | 26,9    | 33,2    | 42,8    |
| verfügbares Einkommen in Mrd. DM                            | 1896,4  | 2159,9  | 2781,9  |
| Inflationsrate in %   | 2,7     | 2,6     | 3,4     |
| Leistungsbilanzsaldo in Mrd. DM                             | 15,5    | 44,3    | 101,6   |
| Finanzierungssaldo in Mrd. DM                               | -33,2   | -47,6   | -32,3   |
| gesamte Investitionen in Mrd. DM                            | 691,3   | 788,3   | 1041,1  |
| Staatsverbrauch in Mrd. DM                                  | 585,3   | 661,6   | 990,6   |
| Budgetdefizit (Defizit = +) in Mrd. DM                      | 73,1    | 21,1    | -11,8   |
| privater Verbrauch in Mrd. DM                               | 1698,1  | 1928,7  | 2484,2  |
| CO <sub>2</sub> -Emissionen (Mio. Tonnen)                   | 904,5   | 932,6   | 803,1   |
| gesamter Materialverbrauch (Mio. Tonnen)                    | 8035,1  | 8667    | 6257,8  |
| Materialinputsteuer in DM/t                                 | 0       | 1       | 60      |
| Materialinput- + CO <sub>2</sub> -Steuerbelastung (Mrd. DM) | 0       | 6,8     | 275,9   |
| gesamte Ressourcenproduktivität (1000 DM/t)                 | 0,37    | 0,4     | 0,8     |

Tabelle 2: Ergebnisse gewählter Parameter des sozial-ökologischen Szenarios. *Quelle:* Omann und Schwerd 2003. \*Modellierungszeitraum: 2000-2020

Durch diese Ergebnisse kann gezeigt werden, dass durch ein integriertes Maßnahmenpaket die drängenden Probleme wie Umweltzerstörung, Staatsschulden und Arbeitslosigkeit gelöst werden könnten, ohne auf Wirtschaftswachstum abzielen bzw. Wirtschaftswachstum als **das** Lösungskonzept anzusehen.

Es wäre natürlich die Aufgabe von den dafür beauftragten Wirtschafts-, Arbeits-, Sozial- und Umweltministerien, solch umfassende Ansätze zu diskutieren, unvoreingenommen zu untersuchen, und öffentlich in einem gut konzipierten Partizipationsprozess zu diskutieren.

**Literatur:**

Hinterberger, F., Stocker, A. (2004). *Arbeitsplätze schaffen durch Dematerialisierung: eine integrierte Strategie*. SERI Background Paper 5. Wien.

Wolf, U. (2004). *Mischarbeit in Österreich und Deutschland*. SERI Background Paper 6. Wien.

Landesregierung NRW (2004). *NRW 2015, Bericht des Zukunftsrates NRW*. Download unter: <http://www.ggg-nrw.de/Struktur/Zukunftsrat.NRW2015.pdf>.

Meyer B. et al. (1999). *Marktkonforme Umweltpolitik*, Heidelberg: Physica).

Omann, I., Schwerd. J. (2003). Die Materialinputsteuer, ein neues Instrument nachhaltiger Entwicklung. Konzeption, Realisierung, Wirkung. In: Spangenberg J. H. (Hsg.), *Vision 2020. Arbeit, Umwelt, Gerechtigkeit - Strategien für ein zukunftsfähiges Deutschland*. Ökom Verlag. München.

Spangenberg, J., Lorek S. (2001). Lebensstandardmessung einschließlich nichtmarktlicher Dienstleistungen, Sustainable Europe Research Institute, Köln.